

Im Berichtszeitraum traten keine die staatliche Sicherheit und öffentliche Ordnung beeinträchtigende Vorkommnisse auf.

Am regelmäßig stattfindenden Wochenschlußgottesdienst in der Marktkirche in Halle nahmen am 14. 10. 1989 in der Zeit von 18.00 - 18.38 ca. 130 Personen teil, darunter ca. 40 Jungerwachsene und insgesamt 10 AstA. Es kam weder im Vorfeld noch nach der Veranstaltung zu Vorkommnissen.

In der Predigt ging Pfarrer Scheurich auf die Ereignisse am 9. 10. 1989 vor der Marktkirche in Halle ein und gab eine entstellte Darstellung zu dem Einsatz der Sicherungskräfte.

Diese Position wurde durch den Aushang eines "Protokolls" der Kirche zu den Ereignissen vom 9. 10. 1989 und der Gegenüberstellung zum Interview des Leiters des VPKA Halle in der "Freiheit" an einer Wandzeitung im Kirchenausgang unterstützt.

Am 13. 10. 1989 fand in der Zeit von 21.00 - 22.45 Uhr in der Gesundbrunnengemeinde Halle unter Teilnahme von ca. 100 Personen, darunter ca. 50 vorbereitete gesellschaftliche Kräfte, das sogenannte Nachtgebet statt.

In dem von Frank EIGENFELD vorgetragenen Beitrag zum "Abriß der Geschichte der DDR" vertrat er erneut seine bekannte feindlich-negative Position.

Durch anwesende gesellschaftliche Kräfte gelang es, die anschließende Diskussion in eine positive Richtung zu lenken.

Obwohl Eigenfeld versuchte, der Diskussion entgegenzuwirken, konnte er sich nicht durchsetzen. Im Verlauf dieser Veranstaltung gab Eigenfeld des weiteren bekannt, daß es sich um das letzte Nachtgebet handelt, und begründete das damit, daß die eigentliche Zielstellung des Nachtgebetes (Wiedereinreise B. BOHLEY, W. FISCHER) erreicht wäre.

Aus den Einschätzungen der gesellschaftlichen Kräfte geht hervor, daß bei einem Teil der Veranstaltungsteilnehmer der Prozeß des Nachdenkens angeregt wurde, jedoch solche Personen wie Eigenfeld ihre Dialogunfähigkeit bewiesen hätten.

Am 14. 10. 1989 führte der Oberbürgermeister der Stadt Halle mit leitenden kirchlichen Amtsträgern ein Gespräch über die von ihnen ausgehenden verzerrten Darstellungen des Ereignisses am 9. 10. 1989 vor der Marktkirche in Halle und ihre diesbezüglichen Schreiben an den Oberbürgermeister sowie die an Repräsentanten der Stadt versandten Einladungen zu einer Veranstaltung unter dem Namen "Neues Forum" in der Pauluskirche.

In dieser Aussprache brachten die kirchlichen Amtsträger ihre Anerkennung zur Politbüroerklärung zum Ausdruck und daß sie den Dialog auf allen Ebenen und mit allen Bürgern begrüßen. Sie akzeptierten den Standpunkt des Oberbürgermeisters und betonten zur Veranstaltung in der Pauluskirche, daß sie nicht Veranstalter sind, sondern lediglich ihre Räume zur Verfügung stellen.

Ausgehend von ihrer Distanzierung zu der unter dem Namen "Neues Forum" erfolgten Einladung wurde klargestellt und Übereinstimmung erreicht, daß ein beginnender Dialog nur auf legaler Basis erfolgen kann.

In einem weiteren am 14. 10. 1989 geführten Gespräch des Oberbürgermeisters mit leitenden kirchlichen Amtsträgern und Organisatoren der geplanten Veranstaltung in der Pauluskirche am 15. 10 1989 wurde der staatliche Standpunkt zum sogenannten Vorbereitungskomitee für das Bürgergespräch in der Pauluskirche und die unter diesem Thema erneut versandten Einladungen dargelegt.

Von den anwesenden Personen wurde akzeptiert, daß

- am 15. 10. 1989, 18.30 Uhr im Stadthaus mit den jetzt Anwesenden und weiteren 11 selbst auszuwählenden Personen des Vorbereitungskomitees ein sachlicher Dialog stattfindet
- ein Gespräch mit Vertretern des "Neuen Forum" bzw. ihre Teilnahme am Dialog undiskutabel ist
- der im Schaukasten der Lutherkirche befindliche Aushang über die Ankündigung einer "friedlichen Demonstration" an der Pauluskirche am 15. 10. 1989 im Widerspruch zur Dialogbereitschaft steht
- jede Seite ihren konkreten Beitrag für Ruhe, Ordnung und Einhaltung der Gesetzlichkeit verpflichtet ist, sowie jeder äußere Druck, z. B. durch Demonstrationen, den Abbruch des Dialogs zur Folge hat

Die anwesenden Organisatoren der Veranstaltung in der Pauluskirche betonten, daß nicht nur die Einladung, sondern auf Grund der bisher erfolgten Gespräche mit den staatlichen Organen auch inhaltliche Veränderungen vorgenommen wurden und die Einflußnahme auf die Verhinderung demonstrativer Aktivitäten vorgesehen ist.